

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 226. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 17. Juni 2009

#### Tagesordnungspunkt 3:

##### Fragestunde

(Drucksache 16/13331) .....

24979 D

#### Anlage 4

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt auf die Frage der Abgeordneten **Petra Pau** (DIE LINKE) (Drucksache 16/13331, Frage 3):

Wie viele Atomwaffen werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gelagert, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung seit der Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten unternommen, um auf die US-Regierung einzuwirken, damit diese ihre Atomwaffen aus Deutschland zurückzieht und vernichtet?

Entsprechend der Geheimhaltungsregelungen der NATO werden von den Mitgliedstaaten keine detaillierten Angaben in Bezug auf die Nuklearstreitkräfte des Bündnisses gemacht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat völkerrechtlich bereits vor Jahrzehnten verbindlich auf eigene Nuklearwaffen und sonstige Nuklearsprengkörper verzichtet. Dieser Verzicht wurde in dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 mit Wirkung für das vereinte Deutschland bekräftigt. Die Bundesregierung hält darüber hinaus an dem Ziel der weltweiten Abschaffung nicht nur der Nuklearwaffen, sondern aller Massenvernichtungswaffen fest und unterstützt in diesem Sinne die Vision einer Welt frei von Atomwaffen („global zero“), wie sie durch US-Präsident Obama in seiner Rede am 5. April 2009 in Prag dargelegt wurde.

Die Mitgliedstaaten der NATO haben seit Anfang der 90er-Jahre die Anzahl der substrategischen Nuklearwaffen in Europa um mehr als 85 Prozent reduziert. Die Überprüfung der Anforderungen an die nuklearen Abschreckungsfähigkeiten der Allianz und deren Bewertung gehören mit zu den permanenten Kernaufgaben der Nuklearen Planungsgruppe der NATO und werden auch weiterhin einen Schwerpunkt der dortigen Beratungen bilden.